

Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg ist ein Zusammenschluss von Verbänden der Landwirtschaft, des Umwelt- und Naturschutzes sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, die für eine naturverträgliche, tiergerechte und soziale Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes eintreten.

Gemeinsam streiten wir dafür, dass die Länder Berlin und Brandenburg ihrer globalen und regionalen Verantwortung gerecht werden: Für eine Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie, für eine Landwirtschaft, mit der die Menschen ein vernünftiges Einkommen erzielen und keine, an der sich wenige bereichern.

Unsere Forderungen lauten:

1. Die Agrar- und Förderpolitik naturverträglich ausrichten
2. Tiere würdevoll behandeln – Massentierhaltung beenden
3. Die ökologische Landwirtschaft gezielt stärken
4. Landgrabbing stoppen – bäuerliche Agrarstrukturen fördern
5. Bäuerlichen Nachwuchs gezielt fördern
6. Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft – kein Patent auf Leben
7. Eigenversorgung mit Eiweißfuttermitteln stärken
8. Faire Preise – faire Einkommen!
9. Förderung einer regionalen Esskultur und einer modernen Verbraucherpolitik
10. Verbraucher, Umwelt und Tiere brauchen eine Lobby: Verbandsklage zulassen

Global denken – lokal handeln: Die Agrarwende beginnt vor Ort

Weltweit produziert die Landwirtschaft genug Lebensmittel für alle Menschen. Trotzdem hungern heute eine Milliarde Menschen, während ein steigender Anteil der Welternte als Tierfutter oder Treibstoff dient und in den Industrieländern fast die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet. Der Weltagrarbericht 2008 der Vereinten Nationen spricht eine deutliche Sprache: Langfristig garantiert nur eine ökologische und bäuerliche Landwirtschaft das Menschenrecht auf angemessene Ernährung. Die Agrarpolitik muss dieser Erkenntnis endlich Rechnung tragen.

Das ursprüngliche Ziel der EU-Agrarpolitik war Nahrungssicherheit zu bezahlbaren Preisen und ein existenzsicherndes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern. Doch heute stiftet die EU-Agrarpolitik mehr Schaden als Nutzen: Überschüsse und Verschwendung, ökologische und soziale Zerstörung, Höfesterben und Verödung ländlicher Regionen.

Europas Landwirtschaft funktioniert nur aufgrund enormer Energie- und Rohstoffimporte. Eine derart Ressourcen fressende Landwirtschaft taugt nicht als Vorbild für die Welt. Ein Teil unserer Agrarüberschüsse landet als Billigexport in aller Welt, zerstört dort regionale Märkte und raubt den Bäuerinnen und Bauern vor Ort die Existenzgrundlage. Die industrielle Fleischproduktion verbraucht jährlich Millionen Tonnen meist gentechnisch verändertes Futtersoja, das in den Herkunftsländern mit katastrophalen Folgen für Gesellschaft und Umwelt produziert wird.

Auch in Brandenburg vollzieht sich ein radikaler Strukturwandel auf dem Land. Immer häufiger werden Anlagen zur Massentierhaltung beantragt oder genehmigt. Angeheizt von einer verfehlten Bodenpolitik explodieren seit Jahren die Preise für Agrarland. Immer mehr Flächen geraten in die Hände außerlandwirtschaftlicher Investoren. Auf unseren Feldern landen immer mehr Pestizide

55 und hochgiftige Gülle aus der Massentierhaltung. Das Artensterben in der Agrarlandschaft zählt längst zu unseren größten Umweltproblemen.

All das zahlen wir mit unseren Steuergeldern. Die Agrarpolitik in Europa, Deutschland sowie in Berlin und Brandenburg fördert agrarindustrielle Strukturen und die Massentierhaltung. Wenige
60 Agrar- und Großhandelskonzerne schöpfen den Löwenanteil der Agrarsubventionen ab und diktieren die Märkte und Preise. Diese Politik ist volkswirtschaftlich unsinnig, global ungerecht, umweltschädlich und ethisch durch nichts zu rechtfertigen.

Diese Agrarpolitik ist nicht alternativlos. Wir verfügen über das Wissen, die Technik und das Geld
65 für eine Landwirtschaft, die den Menschen, den Tieren, der Umwelt und den ländlichen Regionen gerecht wird. Was fehlt, ist der politische Wille zum Handeln.

Unser Leitbild: Eine naturverträgliche, regionale und faire Landwirtschaft

70 Landwirtschaft war und ist mehr als die Erzeugung von Lebensmitteln. Sie soll unsere einzigartigen Kulturlandschaften erhalten, die natürlichen Ressourcen und die biologische Vielfalt schützen, das gesellschaftliche Leben auf dem Land fördern und sinnvolle Arbeit schaffen, von der die Menschen leben können. Um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen die Bäuerinnen und Bauern
75 und die handwerklichen Lebensmittelverarbeiter einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit bekommen. Die Politik muss vielfältige, bäuerliche Betriebe fördern, die für regionale Märkte produzieren. Eine umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft muss sich wieder lohnen. Nur so schaffen wir Wertschöpfung auf dem Land und lebendige Dörfer mit Perspektiven für Jung und Alt.

80 Brandenburg liegt seit vielen Jahren – aktuell mit fast 11 Prozent Flächenanteil – an der Spitze beim Ökolandbau. Berlin ist einer der wichtigsten Märkte für Bio-Produkte, mit steigender Nachfrage. Bio & regional gehört die Zukunft. Doch schon heute kann der Bedarf nur zu etwa 15 Prozent aus der Region bedient werden. Diesen Anteil weiter zu steigern bietet enorme Chancen für eine wirklich nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen Brandenburgs. Denn der
85 ökologische Landbau entspricht in besonderer Weise den Herausforderungen unserer Zeit. Er orientiert sich an natürlichen Kreisläufen und artgerechter Tierhaltung. Damit trägt der Ökolandbau besonders dazu bei, die Bodenfruchtbarkeit, das Klima, unser Trinkwasser und die Artenvielfalt zu erhalten. Diese nachhaltige Form der Landwirtschaft muss gezielt gestärkt werden.

90 Darüber hinaus wird unsere Landwirtschaft insgesamt naturverträglicher, wenn die Politik jene belohnt, die gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringen und jene zur Kasse bittet, die gesellschaftliche Schäden verursachen. Dies würde es den VerbraucherInnen erleichtern, sich für Lebensmittel aus bäuerlicher und ökologischer Herkunft zu entscheiden.

Unsere wichtigsten Forderungen lauten deshalb:

• Die Agrar- und Förderpolitik naturverträglich ausrichten

100 Das Prinzip der Agrarförderung muss lauten: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen! Berlin und Brandenburg müssen auf allen politischen Ebenen dafür eintreten, dieses Prinzip anzuwenden und Mittel für die ländliche Entwicklung und Agrarumweltmaßnahmen umzuwidmen. Die „Gute fachliche Praxis“ hat sich als Regelwerk einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht bewährt. Sie muss daher an die aktuellen Herausforderungen angepasst, konkreter formuliert und
105 als verbindlicher Grundkonsens landwirtschaftlicher Praxis durchgesetzt werden. Agrarumweltprogramme dürfen nur noch fördern, was über die Standards der „Guten fachlichen Praxis“ hinaus geht und tatsächlich einen Mehrwert für Gesellschaft und Umwelt und schafft. Notwendig sind wirksame Programme für mehr Biodiversität in der Agrarlandlandschaft sowie zur Förderung der Imkerei mit ihren Leistungen für die Landwirtschaft und den Naturschutz.

110 Wir fordern einen verbindlichen Aktionsplan, um den Einsatz von Agrochemikalien sowie die
Stickstoffbelastung unserer Böden und Gewässer deutlich zu senken. Zusätzlich muss es neue
Agrarumweltprogramme zur Weiterbildung und Beratung in der Landwirtschaft geben, die sich an
den von der EU definierten „neuen Herausforderungen“ (Klima, Wasser, Boden, Luft) ausrichten.
115 Die Länder Berlin und Brandenburg fordern wir auf, im Bundesrat eine Initiative zur Besteuerung
von Pestiziden nach dänischem Vorbild zu starten.

• **Tiere würdevoll behandeln: Massentierhaltung beenden!**

120 Brandenburg und Berlin müssen sich für ein Tierschutzgesetz stark machen, das konkrete
Obergrenzen für Nutztierbestände festlegt, das die Haltungsbedingungen für die Tiere verbessert
und Tiertransporte deutlich reduziert. Agrarinvestitionen zur Tierhaltung dürfen nur noch gefördert
werden, wenn diese Kriterien erfüllt sind. Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen
müssen wieder aufgebaut werden.

125 Das Privileg für das Bauen im Außenbereich ist auf die bäuerliche, flächengebundene Tierhaltung
zu begrenzen. Anlagen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine Genehmigung nach
Bundesimmissionsschutz-Gesetz erforderlich ist, sind vom Bauprivileg auszuschließen.

• **Die ökologische Landwirtschaft gezielt stärken**

130 Wir fordern eine umfassende Strategie zum Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in Berlin und
Brandenburg. Dazu gehört insbesondere ein verlässlicher und verbesserter Förderrahmen. Vor
allem brauchen wir langfristig angelegte Programme zur gezielten Investitionsförderung entlang
der gesamten Wertschöpfungskette, insbesondere in der Verarbeitung und Vermarktung.

135 Es gibt es noch viel Luft nach oben, die Produktivität im Ökolandbau zu erhöhen, ohne die
positiven Wirkungen für den Umwelt- und Tierschutz zu gefährden. Dazu bedarf es einer gezielten
Förderung der Forschungslandschaft für den Ökolandbau und eines besseren Wissenstransfers.

• **Landgrabbing stoppen – bäuerliche Agrarstrukturen fördern**

140 Wir fordern neue Kriterien für den Umgang mit den Agrarflächen, die durch die Bodenverwertungs-
und Verwaltungsgesellschaft des Bundes privatisiert werden. Der Verkauf der Flächen zum
Höchstgebot fördert eine schädliche Flächenkonzentration und die Agrarindustrie. Brandenburg
muss eine Agrarstrukturpolitik betreiben, die gezielt eine naturverträgliche, bäuerliche und
regionale verankerte Landwirtschaft fördert. Wir fordern mehr Transparenz bei der Bodenvergabe,
insbesondere eine verschärfte Anzeigenpflicht bei Landverkäufen und Neuverpachtungen sowie
mehr Mitspracherechte der Kommunen.

• **Bäuerlichen Nachwuchs gezielt fördern**

145 Um die Zukunft einer naturverträglichen und bäuerlichen Landwirtschaft zu sichern, brauchen
JunglandwirtInnen unbürokratischen Zugang zu Boden, Geld und Beratung. Dafür müssen von der
EU bereitgestellte Niederlassungsprämien abgerufen werden. Teile der Investitionsförderung
müssen für JunglandwirtInnen reserviert werden und auch für kleinere Investitionen abrufbar sein.
150 Zur Verbesserung des Zugangs zu Land soll Brandenburg einen Flächenpool bereithalten, der
gezielt Neugründungen in der bäuerlichen Landwirtschaft unterstützt. Dazu gehört auch die
Wiederherstellung geeigneter Hofstellen in Zusammenarbeit mit den Kommunen.

• **Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft - kein Patent auf Leben!**

155 Anbau und Freisetzung von Gentechnikpflanzen müssen verboten und die finanzielle
Unterstützung von Gentechnikprojekten in Forschung oder Wirtschaft aus Steuergeldern gestoppt
werden. Stattdessen muss die Gründung und die Arbeit Gentechnikfreier Regionen, die
gentechnikfreie Fütterung und die Züchtung gentechnikfreier und nachbaufähiger Sorten
unterstützt werden. Die Vielfalt von Kulturpflanzen ist zu erhalten und zu entwickeln.
160 Saatgutinitiativen und Erhalternetzwerke sind zu fördern.

• **Eigenversorgung mit Eiweißfuttermitteln stärken**

165 Der Selbstversorgungsgrad mit Eiweißfuttermitteln muss deutlich erhöht werden. Selbst im
ökologischen Landbau stellt dies eine große Herausforderung dar, weil in den letzten Jahrzehnten
einseitig auf südamerikanisches Soja gesetzt wurde. Die Züchtung heimischer Eiweißpflanzen wie
Lupinen oder Bohnen kam praktisch zum Erliegen. Die Folge: In unseren Ställen wird der
tropische Regenwald verfüttert. Wir fordern Investitionen in Forschung und Züchtung, damit in
170 Zukunft wieder deutlich mehr heimische Leguminosen angebaut werden.

• **Faire Preise – faire Einkommen!**

Wir brauchen eine am Bedarf orientierte, nachhaltige, qualitativ hochwertige und regionale
Lebensmittelerzeugung. Hierzu müssen den ErzeugerInnen faire und kostendeckende Preise
ausbezahlt werden.

175 Die Ausbeutung der ArbeiterInnen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft muss aufhören. Dazu
fordern wir Mindestlöhne und eine Erhöhung der Sozialleistungen auf ein Niveau, das keinen
Druck zum Konsum von Billigstangeboten aufbaut.

• **Förderung einer regionalen Esskultur und einer modernen Verbraucherpolitik!**

180 Die Agrarwende gibt es nur mit selbstbewussten VerbraucherInnen. Eine umwelt- und
gesundheitsbewusste Ernährung lässt sich nicht verordnen, sie kann nur im gesellschaftlichen
Dialog, durch Bildung und Aufklärung wachsen. Die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg
sind gefordert, diesen Prozess aktiv zu fördern. Die Länder müssen entschieden gegen
irreführende Werbung und für eine klare Deklaration von Lebensmitteln eintreten. Der Kahlschlag
185 bei den Verbraucherzentralen muss gestoppt werden. In Schulen und Kitas muss das Thema
Ernährung stärker in Bildungskonzepte integriert werden. Dazu fordern wir ein Programm zur
Förderung von Schulbauernhöfen, Schulgärten und Schulküchen, in denen vor allem ökologische
und regionale Produkte verarbeitet werden.

• **Verbraucher, Umwelt und Tiere brauchen eine Lobby: Verbandsklage zulassen!**

190 Trotz aller Gesetze und Verordnungen bleiben die Rechte der VerbraucherInnen, der Umwelt und
der Tiere zu oft auf der Strecke. Sie brauchen eine stärkere Lobby, auch vor Gericht. Deshalb
fordern wir das Verbandsklagerecht für die anerkannten Naturschutzverbände sowie für
Verbraucher- und Tierschutzorganisationen in Berlin und Brandenburg.

195
+++++

200 **Unsere Landwirtschaft blüht bunt !**

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg ist parteipolitisch neutral und
überkonfessionell. Wir sind offen für alle, die gemeinsam mit uns für eine soziale und
naturverträgliche Landwirtschaft in unserer Region streiten wollen. Intolerant sind wir gegenüber
rechtsradikalem Gedankengut. Nazis sollen sich vom Acker machen!

205
Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg
Bündnispartner:

- 210 ▪ Auflistung Verbände usw.